

Auskunftsperson

< >

11:49
Zeit zum Ausfüllen

- 1. Die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung und das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau bitten Sie darum, Stellung zu nehmen, wie Sie und Ihre Partei zum Klimaschutz, zu den Stromtrassen und den damit verbundenen Gesetzen und Verordnungen stehen. Bitte beantworten Sie uns die folgenden 14 Fragen. Damit Sie es leichter haben, brauchen Sie einen Großteil nur ankreuzen. Bei "Sonstiges" können Sie auch einen längeren Text schreiben.**

Wenn Sie am Schluss "Senden" anklicken, bekommen wir Ihre Antworten.

Bitte tragen Sie zuerst Ihren Namen, Vornamen, Partei und Wahlkreis ein!

- 2. Was können Deutschland bzw. die Bundesländer konkret dazu beitragen, um die Klimaerwärmung gemäß dem Pariser Übereinkommen auf 1,5Grad zu begrenzen?**

- Einstieg in einen früheren Kohleausstieg
- Schaffung einer eigenständigen Energiewendebehörde
- Ausarbeitung eines neuen sektorenübergreifenden Energiewendekonzepts
- Es werden keine zusätzlichen Aktivitäten als notwendig angesehen.
- Einen Kohleausstieg vor 2038 lehnen ich prinzipiell ab.
-

- 3. Wie soll der Ausbau der Erneuerbaren forciert werden?**

- Streichung übertriebener Mindestabstandregelungen beim Bau neuer Windräder
- Gezielter Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäuden
- Photovoltaikpflicht für Neubauten und bei Sanierungen von Bestandsbauten
- Die Beratungskapazitäten in den kommunalen Verwaltungen sind auszubauen
- Regionale Projekte zur Koppelung von Wärme, Verkehr und Strom fördern
- Ein zu schneller Ausbau der Erneuerbaren ist nicht sinnvoll
- Wir wollen Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich ausbauen und sie vollständig in den Wettbewerb überführen. Ein steigender CO2-Preis im Rahmen des Emissionshandels wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker nachfragegetrieben erfolgt. Wir wollen außerdem die Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen.;

Wir wollen Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich ausbauen und sie vollständig in den Wettbewerb überführen. Ein steigender CO2-Preis im Rahmen des Emissionshandels wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker nachfragegetrieben erfolgt. Wir wollen außerdem die Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen.;

**Wärmewende) voranzubringen, sind Speichertechniken erforderlich.
Welche konkreten Maßnahmen dazu unterstützen Sie und Ihre Partei?**

- Dezentrale Speicher entlasten die Netze und bilden daher eine sinnvolle Alternative zum ausufernden Stromnetzausbau. Speicher können helfen die Energiewende schneller umzusetzen.
- Die marktreifen Speichertechniken (Power to X, LOHC, Biobatterie, bidirektionale Ladepunkte für e-Autos) müssen jetzt in die Praxis umgesetzt werden, um die Wirkungsgrade zu optimieren und die Kosten durch größere Stückzahlen zu reduzieren.
- Überschüssigen Strom zu kappen ist nicht sinnvoll. Da die Erzeuger trotz Kappung bezahlt werden, soll diese Energie auch ohne weitere Kostenbelastungen zur Speicherung verwendet werden.
- Das durch den Verzicht auf den Bau von Übertragungsleitungen frei werdende Kapital können die Netzbetreiber teilweise in den Bau von Speicheranlagen investieren.
- Energiespeicher sind erst erforderlich, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien 70 Prozent übersteigt.
- Wir Freie Demokraten wollen den Ausbau von S

Sonstiges: Nationale Alleingänge können wegen der Funktionsweise des Pariser Übereinkommens nur sehr wenig zum effektiven Klimaschutz beitragen. Deutschland ist kein direkter Vertragspartner im Pariser Übereinkommen, sondern die EU als Ganzes. Die vertraglich geregelten Klimaschutzleistungen werden damit von allen Mitgliedstaaten der EU gemeinsam erbracht und beim UNFCCC berichtet. Wenn wir in Deutschland unsere nationalen Klimaziele verschärfen, dann hat das innerhalb dieses Mechanismus lediglich zur Folge, dass andere EU-Länder geringere Leistungen erbringen müssen. Der einzig zielführende Beitrag Deutschlands kann deshalb sein, sich dafür einzusetzen, dass die Anstrengungen auf europäischer Ebene erhöht und ein sektorübergreifendes Energiewendekonzept implementiert wird. Dieses Ziel verfolgt wir als FDP konsequent, indem wir uns für die Ausweitung des EU-ETS auf alle Sektoren und damit für effizienten gesamteuropäischen Klimaschutz einsetzen.;

5. Inwieweit lässt sich ein EU weit verbundenes Stromnetz mit Nachhaltigkeit und der Behauptung eines „EuropeanGreen Deals“ in Einklang bringen, wenn durch von deutschen Stromkunden bezahlte PCI (Projects of Common Interest) Leitungen (wie z.B. Ultratnet, SuedLink, SuedOstLink) durch grenzüberschreitenden Stromhandel unweigerlich auch Kohle- und Atomstrom quer durch Deutschland transportiert wird?



Wir halten es für nachhaltig, wenn bei der Energ

Wir halten es für nachhaltig, wenn bei der Energiepolitik die Aspekte Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit zusammen gedacht werden. Ein europäisches Verbundnetz ist Voraussetzung für die weitere Integration des Energiebinnenmarktes. Davon profitieren Stromkunden durch sinkende Preise und erhöhte Versorgungssicherheit. In einem zunehmend auf volatiler Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie basierenden System können Schwankungen des Verbrauchs und der Erzeugung besser ausgeglichen werden. Darüber hinaus werden fossile Energien durch den europäischen Emissionshandel ohnehin zunehmend unattraktiv werden. Der europäische Strommix wird dadurch bis spätestens 2050 vollständig klimaneutral sein.

Die Freien Demokraten stehen grundsätzlich für Technologieoffenheit und Marktwirtschaft. Dabei muss jedoch immer abgewogen werden, inwieweit bestimmte Technologien auf die Akzeptanz der Gesellschaft treffen. Für die Atomkraft gibt es in Deutschland keine gesellschaftliche Mehrheit, weshalb eine Debatte über einen Wiedereinstieg bzw. eine Laufzeitverlängerung nicht zielführend ist. Neben der ungeklärten Problematik der Atommüllendlagerung sind die Risiken der Kernkraft am Markt schlicht nicht versicherbar und müssten vergesellschaftet werden. Gleichwohl ist es richtig, offen in Bezug auf die Forschung und Entwicklung, auch im Bereich Kernenergie, zu sein. Roter und violetter Wasserstoff spielen derzeit keine Rolle in unseren Überlegungen. Wir setzen uns dafür ein, dass neben „grünem“ Wasserstoff auch „blauer“ und „türkiser“ Wasserstoff als CO₂-neutral klassifiziert wird, um den Wasserstoffhochlauf zu realisieren.



Die Energiewende ist zwangsläufig dezentral, da

Die Energiewende ist zwangsläufig dezentral, da zum Beispiel im Bereich der Stromwirtschaft statt weniger zentraler Großkraftwerke tausende dezentrale Anlagen Strom erzeugen. Auch die Zahl der Verbraucher erhöht sich durch neue Anwendungen wie die Elektromobilität. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es dezentrale Systeme. Sie müssen dem Prinzip der Gesamtverantwortung folgen, das heißt die Energieversorgung von der Stromerzeugung bis hin zum Verbraucher sichern. Um den Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung weiter voranzutreiben, sind für uns smarte Anwendungen der Schlüssel. Das gilt sowohl für die Verbesserung der Energieeffizienz, die Flexibilisierung des Verbrauchs und der Tarife sowie für die Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit.



Auf den Bau der für die Versorgungssicherheit nachgewiesenermaßen nicht erforderlichen Stromtrassen muss verzichtet werden.



Der Schwerpunkt sollte eher auf das Verteilnetz und regionale Smart Grids als auf Übertragungsnetze gelegt werden.



Alle geplanten neuen Stromtrassen sind für eine erfolgreiche Umsetzung der

Eine der zentralen Herausforderungen in der Energiewende ist die Dargebotsabhängigkeit erneuerbarer Energie und die daraus resultierende Verteilung der Erzeugungsanlagen. Windenergie etwa, die Stand 2020 rund ein Drittel der erneuerbaren Energie ausmacht, wird wegen der regionalen Windhöufigkeit vorrangig im Norden und Osten Deutschlands produziert. Der hauptsächliche Energieverbrauch findet aber im Süden Deutschlands statt. Damit Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung gebracht werden können, ist ein beschleunigter Netzausbau neben der Flexibilisierung des Systems das Rückgrat der Energiewende. Wir setzen uns deshalb für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren durch Entbürokratisierung und frühzeitige Bürgerbeteiligung ein, um den Ausbau schneller voranzutreiben.

9. Mit welchen Maßnahmen kann die Bevölkerung vor drohenden gesundheitlichen Risiken und dem Wertverlust von Grundstücken durch den Bau der derzeit geplanten Gleichstromtrassen geschützt werden? Inwieweit verfolgen Sie und Ihre Partei die bekannten und drohenden Auswirkungen im Bereich des Umweltschutzes durch die genannten Vorhaben?

Die Einhaltung des Abstands von 400 Meter von Hoch- und Höchstspannungsleitungen zur Wohnbebauung muss grundsätzlich ausnahmslos für alle neuen Leitungen gelten.

Zur Vermeidung von Trassenneubauten im Übertragungsnetz ist eine Kapazitätsoptimierung schon bestehender Systeme durch Leiterseilmonitoring und partiellem Einsatz von Hochtemperaturbeseilung sinnvoller.

Das Vorsorgeprinzip muss zur Anwendung kommen. Solange negative Auswirkungen auf Mensch (Gesundheit) und Natur (z.B. Bodenstrukturen, Flora, Fauna) weiterhin nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, muss ein Moratorium bzgl. Netzausbauplanung vereinbart werden.

Gewisse Risiken müssen für eine sichere Energieversorgung eben in Kauf genommen werden.

Ein besonderer Schutz ist nicht erforderlich, da alle Einflussgrößen ausreichend berücksichtigt werden.

Zunächst zu Frage 8 da hier keine Texteingabe n

Zur Vermeidung von Trassenneubauten im Übertragungsnetz ist eine Kapazitätsoptimierung schon bestehender Systeme durch Leiterseilmonitoring und partiellem Einsatz von Hochtemperaturbeseilung sinnvoller.;Ein besonderer Schutz ist nicht erforderlich, da alle Einflussgrößen ausreichend berücksichtigt werden

Im geltenden Recht der Umweltschutzprüfung ist die menschliche Gesundheit ein maßgebliches und hohes Schutzgut. Wir verfolgen die ;

10. **Halten Sie die altbekannte Begründung für den ständig weiter erhöhten Netzausbau immer noch für zulässig, man brauche dringend neue Fernleitungen, um Strom von Nord- nach Süddeutschland zu transportieren, damit die Energiewende gelingen kann? Ist Ihnen bekannt, dass die Argumentation bereits in mehreren wissenschaftlichen Gutachten * (u.a. vom DIW, BUND e.V., u.a.) entkräftet wurde? Wenn ja, ziehen Sie daraus auch Konsequenzen für Ihre zukünftige Politik?**

*[https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

[Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

*https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.816979.de/diwkompakt_2021-167.pdf

*<https://www.landkreis-wunsiedel.de/file/pk-16-03-2021-gutachten-jarrassneu.pdf>

*http://www.jarass.com/Energie/C/Stromtrassen_ueberdimensioniert,_v2.1.pdf

Zur Notwendigkeit von Fernleitungen vergleichen Sie bitte Punkt 8. Uns sind keine Gutachten von DIW oder BUND bekannt, in denen die grundsätzliche Notwendigkeit von HGÜ-Leitungen bestritten wird. In den uns bekannten Stellungnahmen wird dahingehend argumentiert, dass der geplante Netzausbau überdimensioniert sei. Wir sehen ebenfalls Mängel im Strommarktdesign und fehlende Anreize für eine stärkere Dezentralisierung der Energiewende. Wir setzen uns deshalb für eine marktbasierete Beschaffung von Flexibilität ein, um Netzengpässe auszubalancieren. Insbesondere regionalen Flexibilitätsmärkten kommt eine besondere Rolle dabei zu, das Flexibilitätsangebot auszuweiten und Innovationspotenziale z.B. für Speicher freizusetzen. Aber auch erneuerbare Gase und die entsprechende Infrastruktur können einen Beitrag zu Dezentralisierung und Flexibilität leisten.

11. **Schließt sich Ihre Partei im Sinne einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung der Forderung an, die vom EU-Recht zwingend vorgeschriebenen Kosten-Nutzen-Analysen für die geplanten HGÜ Vorhaben nachzureichen? Wenn nein, warum nicht?**



Wir tragen den Beschluss des Deutschen Bunde:

Wir tragen den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Bundesbedarfsplangesetz mit und sehen dabei alle europarechtlichen Voraussetzungen als erfüllt an. Eine umfassende Betrachtung der Wirtschaftlichkeit umfasst neben reinen Kosten-Nutzen-Erwägungen auch weitere Aspekte wie z.B. den Erhalt der Versorgungssicherheit.

12. **Welche Möglichkeiten werden gesehen, um die Energiewende durch z.B. Korrekturen am aktuellen Strommarktdesign, am EEG oder am BBPIG / NABEG bürgerfreundlicher (d.h. mit Schwerpunkt auf regionaler Wertschöpfung) und transparenter zu gestalten?**



Der derzeitige Einfluss der Oligopole auf die Gesetzgebung ist für ein Gelingen der Energiewende kontraproduktiv.



Der aktuell geführte Energiesystemkonflikt (zentralistisch > konventionelle/fossile Energien vs. dezentral > erneuerbare Energien) muss erkannt und im Sinne des Klimaschutzes beigelegt werden.

- Die aktuelle Gesetzeslage ist ausreichend. Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und Transparenz bei politischen Entscheidungen sind zudem hinlänglich gegeben.

Wir setzen uns für ein zukunftsfähiges Stromma

Wir setzen uns für ein zukunftsfähiges Strommarktdesign ein und wollen insgesamt Wettbewerb und Effizienz im Energiesystem stärken. Dazu wollen wir u.a. die Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energie grundlegend reformieren mit dem Ziel, die Lenkungswirkung des CO₂-Preises zu stärken und staatlich veranlasste Strompreisbestandteile wie die EEG-Umlage oder Stromsteuer zu senken bzw. abzuschaffen. Darüber hinaus wollen wir das Marktdesign so weiterentwickeln, dass Flexibilität besser gehoben werden können und die Versorgungssicherheit gestärkt wird. ;

durch beschleunigte Verfahren und neue Gesetze wie z.B. das

Planungssicherstellungsgesetz Bürgerbeteiligung, transparente Prozesse und demokratische Teilhabe maßgeblich zu beschneiden?

Für das Gelingen der Energiewende ist eine Beschleunigung der Verfahren dringend notwendig.

Für das Gelingen der Energiewende ist eine Beschleunigung der Verfahren dringend notwendig. Die Realisierungszeiträume etwa für Windenergieanlagen oder neue Stromleitungen sind viel zu lang, um die Klimaziele effektiv zu erreichen. Dabei ist es besonders wichtig, Projekte öffentlichen mit den Bürgerinteressen frühzeitig im Prozess abzustimmen, um Verschleppungen über den Rechtsweg zu vermeiden. Wir setzen uns deshalb für eine transparente, straffe und frühzeitige Beteiligung der Bürger am Anfang des Planungsprozesses ein. Für Transparenz und einfachere Nachvollziehbarkeit wollen wir Genehmigungsverfahren zusammenführen. Die Beteiligung wollen wir bereits vor dem Genehmigungsverfahren organisieren. So können Anregungen und Einwände schon in frühen Planungsphasen berücksichtigt werden. Durch die Schaffung eines bundesweiten Kompetenzzentrums wollen wir die Beteiligungsprozesse professionalisieren.

konkret vor, dass „sichergestellt werden soll, dass die EU das Übereinkommen über das Recht der Öffentlichkeit auf Überprüfung von Verwaltungsakten uneingeschränkt einhält.“ (Zitat EU-Rat).

Der Zugang zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz und der Zugang zu

Der Zugang zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz und der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheit sind von entscheidender Bedeutung für die demokratische Legitimierung und öffentliche Akzeptanz der Umweltpolitik in der Europäischen Union. Wir beabsichtigen nicht, diese Beteiligungsrechte einzuschränken. Kritisch sehen wir jedoch, wenn Verbandsklagen lediglich als Verzögerungstaktik bei wichtigen Bau- und Infrastrukturprojekten zuungunsten der Allgemeinheit genutzt werden. Der Zugang zu Umweltinformationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz und der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheit sind von entscheidender Bedeutung für die demokratische Legitimierung und öffentliche Akzeptanz der Umweltpolitik in der Europäischen Union. Wir beabsichtigen nicht, diese Beteiligungsrechte einzuschränken. Kritisch sehen wir jedoch, wenn Verbandsklagen lediglich als Verzögerungstaktik bei wichtigen Bau- und Infrastrukturprojekten zuungunsten der Allgemeinheit genutzt werden.

Für eine nachhaltige Energiewende ist es unerlä:

Für eine nachhaltige Energiewende ist es unerlässlich, die Interessen aller Interessengruppen zu berücksichtigen. Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, einen klugen Ausgleich mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken. Denn die Unterstützung für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Netze ist grundsätzlich hoch und auch immer mehr Unternehmen möchten auf erneuerbare Energien setzen.

16. Vorab vielen Dank für Ihre Mithilfe und Antworten.

Mit besten Grüßen

Für die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung

*Dörte Hamann, Oliver Hetzel, Wolfgang Schmid, Conny Zeidler, Sprecher*in der Bls gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

Für das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau:

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner
Maria Quanz, Verbandssprecherin (HE) Bundesverband der BI gegen SuedLink
Sebastian Locker, Aktionsbündnis Ultramet
Conny Zeidler, Sprecherin der Bls gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

Hinweis:

Wir bitten um Antwort bis zum 5. September 2021.

Sie können ganz einfach antworten, indem Sie auf "Absenden" klicken.

*Sie können aber auch das ausgefüllte Dokument per E-Mail-Anhang an
pressestelle@stromautobahn.de*

mailen. Oder per Post schicken an

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner
Föhrenstr. 5
91227 Leinburg*

Wir weisen darauf hin, dass die Antworten im Internet und in verschiedenen Medienformaten wiedergegeben werden und Sie mit der Beantwortung der Fragen dieser Veröffentlichung zustimmen.